Agrarpolitik 2007 aus Sicht des internationalen Handels

Die Landwirtschaft war weltweit jahrzehntelang von den multilateralen Handelsregeln faktisch ausgenommen. Marktabschottung nach aussen sowie ein Wildwuchs bei internen Stützungsmassnahmen und Exportsubventionen führten zu verzerrten Produktions- und Handelsmustern. Erst mit der Uruguay-Runde der WTO hat eine Rückführung des Agrarhandels unter die multilaterale Handelsdisziplin begonnen, die sich auch in der Doha-Runde fortsetzen dürfte. Die internationalen Regeln zu Marktzugang, internen Stützungen und Exportsubventionen gewinnen somit zunehmend an Bedeutung für die nationale Landwirtschaftspolitik. Der vorliegende Beitrag stellt die entsprechenden WTO-Regeln vor und betrachtet die Agrarpolitik 2007 im Lichte dieser Zusammenhänge. Dabei zeigt sich, dass die Stossrichtung der Reformen zwar richtig, der Weg zu einem offenen Schweizer Agrarmarkt aber noch weit ist.

Die Landwirtschaft genoss über Jahrzehnte eine faktische Sonderbehandlung im GATT. Zum handelspolitischen Arsenal der Staaten gehörten Kontingente, prohibitiv hohe und teils variable Zölle, interne Schutzmassnahmen, administrative Schikanen, Export- und Produktionssubventionen unterschiedlichster Art oder auch der Missbrauch von gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Massnahmen zu protektionistischen Zwecken. Ernsthafter Widerstand gegen diesen Interventionswettlauf kam erst in den Achtzigerjahren auf, als die in der *Cairns-Gruppe* (siehe *Kasten 1*) zusammengeschlossenen Agrarexporteure die Ungleichbehandlung zwischen Industrie- und Agrargütern nicht länger hinnehmen wollten.

Agrarabkommen der Uruguay-Runde

Nach zähen Verhandlungen im Rahmen der Uruguay-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) wurde mit dem Übereinkommen über die Landwirtschaft schliesslich eine schrittweise Rückführung des Agrarhandels unter die GATT-Disziplin vereinbart. Das Abkommen enthält generelle und spezifische Verpflichtungen in den Bereichen Marktzutritt, Inlandstützung und Exportsubventionen.

Auf dem Gebiet des Marktzutritts einigten sich die Mitgliedstaaten auf die durchgängige Tarifizierung – d.h. die Umwandlung in Zölle – aller nicht tarifären Massnahmen. Allerdings wurde diese Vorgabe in den meisten sensiblen Bereichen über ein System von Zollkontingenten umgesetzt. Das bedeutet, dass produktweise bestimmte Einfuhrmengen festgelegt werden, die zu den bisherigen günstigeren Zollsätzen importiert werden können. Über diese Mengen hinaus sind Einfuhren zwar unbeschränkt möglich, doch werden diese mit (teilweise prohibitiv) hohen Zöllen belegt. Um den Marktzugang zumindest etwas zu verbessern, mussten die Industrieländer ihre Zölle im Zeitraum 1995–2000 um durchschnittlich 36% senken, wobei jede Zolltarifposition um mindestens 15% zu senken war.

Im Bereich *Inlandstützung* waren die besonders verzerrenden Massnahmen – so genannte «Amber Box»-Massnahmen, von denen ein Produktionsanreiz ausgeht – von den Industrieländern zwischen 1995 und 2000 um 20% gegenüber den Referenzjahren 1986–1988 zu reduzieren. «Green Box»-Massnahmen, die keine oder vergleichsweise geringe Produktionsanreize beinhalten und deren Kosten nicht auf die Konsumenten überwälzt werden, unterliegen keiner Beschränkung. Hierzu gehören etwa produktionsunabhängige Direktzahlungen, regionale Entwicklungsprogramme oder staatlich erbrachte Dienstleistungen in Bereichen wie Forschung oder Infrastruktur. Daneben gibt es noch die von der Schweiz nicht eingesetzten «Blue Box»-Massnahmen, die zwar Produktionsanreize beinhalten, aber im Zusammenhang mit produktionsbeschränkenden Massnahmen angewandt werden.

Schliesslich diszipliniert das Agrarabkommen die besonders handelsverzerrenden Exportsubventionen. Industrieländer mussten ihre Exportsubventionen zwischen 1995 und



Prof. Dr. Heinz Hauser
Direktor des Schweiz. Instituts für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen (SIAW-HSG)
www.siaw.unisg.ch



Thomas A. Zimmermann
Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schweiz. Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen (SIAW-HSG)
www.zimmermann-thomas.ch

Kasten 1

Cairns-Gruppe und Multifunktionalisten

Die *Cairns-Gruppe* ist ein Bündnis von 17 Agrarexporteuren, das sich 1986 mit dem Ziel gegründet hat, den Landwirtschaftshandel unter die GATT-Disziplin zurückzuführen. Mitgliedstaaten sind Australien, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Guatemala, Indonesien, Malaysia, Neuseeland, Paraguay, die Philippinen, Südafrika, Thailand und Uruguay *(www.cairnsgroup.org)*.

Unter dem Begriff *Multifunktionalisten* werden jene Länder zusammengefasst, die ihre Landwirtschaft schützen wollen, da sie neben der Güterproduktion auch sicherheits-, siedlungs-, umwelt- und sozialpolitischen Zwecken dient. Unter diesem Begriff sind vor allem die EU, Japan, Korea, Mauritius, Norwegen und die Schweiz bekannt.

Kasten 2

Zusammensetzung des PSE

Der PSE setzt sich zusammen aus den Einzelaggregaten:
- Marktpreisstützung;
- produktionsmengenabhängige Zahlungen;
- Zahlungen für den Einsatz von Vorleistungen;
- flächen- und tierzahlabhängige Zahlungen;
- Zahlungen aufgrund historischer Bezugsrechte;
- Zahlungen für den Verzicht auf den Einsatz von Vorleistungen;
- Zahlungen auf Basis des Betriebseinkommens und
- sonstigen Zahlungen.

Für eine ökonomische Beurteilung ist nicht nur auf das Stützungsniveau insgesamt, sondern auch auf das Ausmass der ausgelösten Verzerrungen abzustellen. Die ersten drei Aggregate des PSE gelten als besonders verzerrend, da sie die Produktion anheizen und damit strukturelle Überangebote noch weiter verstärken. Der Anteil dieser drei Instrumente an der Gesamtstützung innerhalb der OECD ist von 90% im Zeitraum 1986–1988 auf 78% im Zeitraum 2000–2002 gesunken.

2000 um 36% gegenüber dem Basiszeitraum 1986–1990 kürzen. Darüber hinaus waren die von Exportsubventionen begünstigten Mengen um 21% zu reduzieren.

Zum Teil als Folge dieses Politikwechsels ist der von der OECD berechnete «Percentage Producer Support Estimate» (%PSE) OECD-weit von 38% im Zeitraum 1986–1988 auf 31% im Zeitraum 2000–2002 gesunken. Er gibt an, welchen Anteil die durch Politikmassnahmen ausgelösten Transfers an den Bruttoeinnahmen landwirtschaftlicher Betriebe ausmachen. Der «Total Support Estimate» (TSE), der den Anteil aller Transfers zugunsten der Landwirtschaft am Bruttoinlandprodukt misst, ist entsprechend OECD-weit von 2,3% (1986–1988) auf 1,2% (2000–2002) gesunken (siehe *Kasten 2*). Ausdruck der stärkeren Marktorientierung ist schliesslich ein Angleichen der Landwirtschaftspreise in der OECD an die Weltmarktpreise: Die Differenz ist von 57% Mitte der Achtzigerjahre auf 31% im Jahr 2002 zurückgegangen.

Zunehmende Marktorientierung der Schweizer Landwirtschaftspolitik

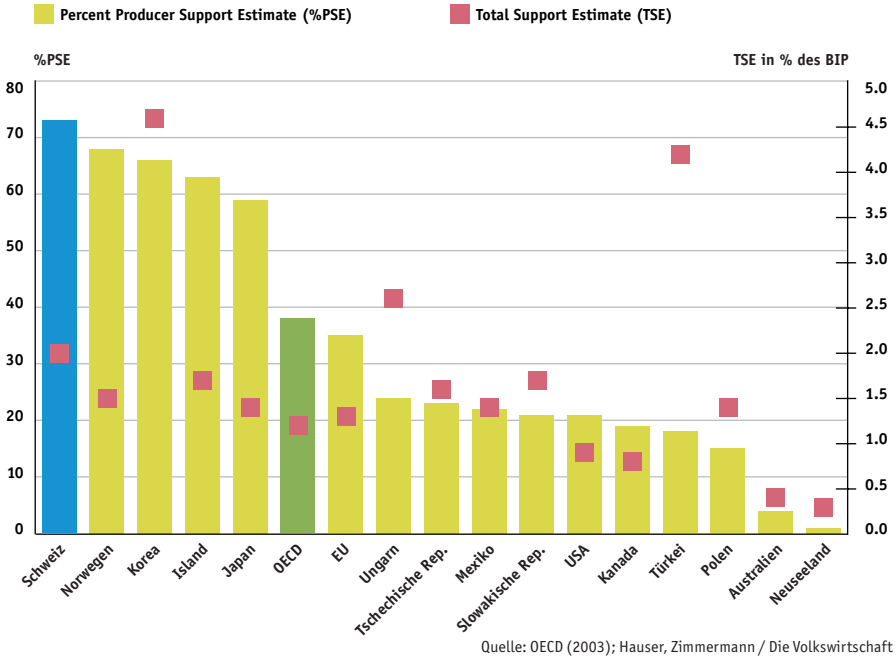
Bis Mitte der Neunzigerjahre zeichnete sich der Schweizer Agrarmarkt durch ausgesprochen starke Verzerrungen aus. Hoher Aussenschutz, komplexe administrative Prozesse, Inlandleistungssysteme, massive interne Stützungen und Exportsubventionen, Marktordnungen und Eingriffe ins Preisgefüge sorgten für einen wenig transparenten und schwer zugänglichen Markt. Im Zusammenspiel mit einer unzureichenden Wettbewerbsintensität in Verarbeitung und Distribution führten die ursprünglich zum Schutz der Landwirtschaft ergriffenen Massnahmen zu hohen Belastungen für Steuerzahler, nachgelagerte Branchen und Konsumenten.

Seither befindet sich die Schweizer Landwirtschaftspolitik allerdings in einem tief greifenden Umorientierungsprozess. Neben den Verpflichtungen aus der Uruguay-Runde führte insbesondere die im Jahr 1998 beschlossene «Agrarpolitik 2002» zu einer stärkeren Orientierung auf den Markt und einer vermehrten Trennung von Preis- und Einkommenspolitik: Staatliche Preis- und Übernahmegarantien wurden aufgehoben; finanzielle Mittel zur Marktstützung waren binnen fünf Jahren um einen Drittel zu reduzieren; die Finanzierung für die wichtigsten Aufgabenbereiche wurde in einem vier Jahre gültigen Zahlungsrahmen festgelegt; ausserdem wurden die zunehmend flächenbezogenen Zahlungen an ökologische Kriterien gebunden. Mit diesem Massnahmenkatalog konnten die von «falschen» Preissignalen ausgehenden Produktionsanreize etwas eingedämmt und eine stärkere Ausrichtung an ökologischen Zielsetzungen erreicht werden. Die Uruguay-Runde und die Agrarpolitik 2002 haben entsprechend zu einem leichten Rückgang des Schweizer %PSE von 76% im Zeitraum 1986–88 auf 73% im Zeitraum 2000–02 beigetragen. Gleichwohl belegt die Schweiz mit diesem Wert OECD-weit noch immer den Spitzenplatz (siehe *Grafik 1*). Auch der TSE ist im Vegleichszeitraum von 3,9% auf 2,0% massiv gesunken. Als Folge hat sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft fortgesetzt; die Zahl der Betriebe hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgenommen.[1] Zugleich sind die verbleibenden Betriebe grösser geworden, was deren Überlebenschancen in einem marktorientierteren Umfeld tendenziell verbessert.

Positive Veränderungen haben sich insbesondere bei der Zusammensetzung der Landwirtschaftsstützung nach Aggregaten ergeben. Der Anteil der besonders verzerrenden Instrumente am PSE (Marktpreisstützung, produktionsmengenabhängige Zahlungen sowie Zahlungen für den Einsatz von Vorleistungen; siehe *Kasten 2*) ging in der Schweiz zwischen 1986–88 und 2000–02 von 91% auf 68% zurück. Die Zusammensetzung des Stützungsinstrumentariums ist damit weniger verzerrend als im Durchschnitt der OECD-Staaten (siehe *Grafik 2*). Entsprechend hatte die Schweiz auch ihre Abbauverpflichtungen im Bereich der Amber Box bereits 1998 übererfüllt. Die Schweiz stützt ihre internen Beihilfen zunehmend auf die zulässigen Green-Box-Massnahmen ab.

Grafik 1

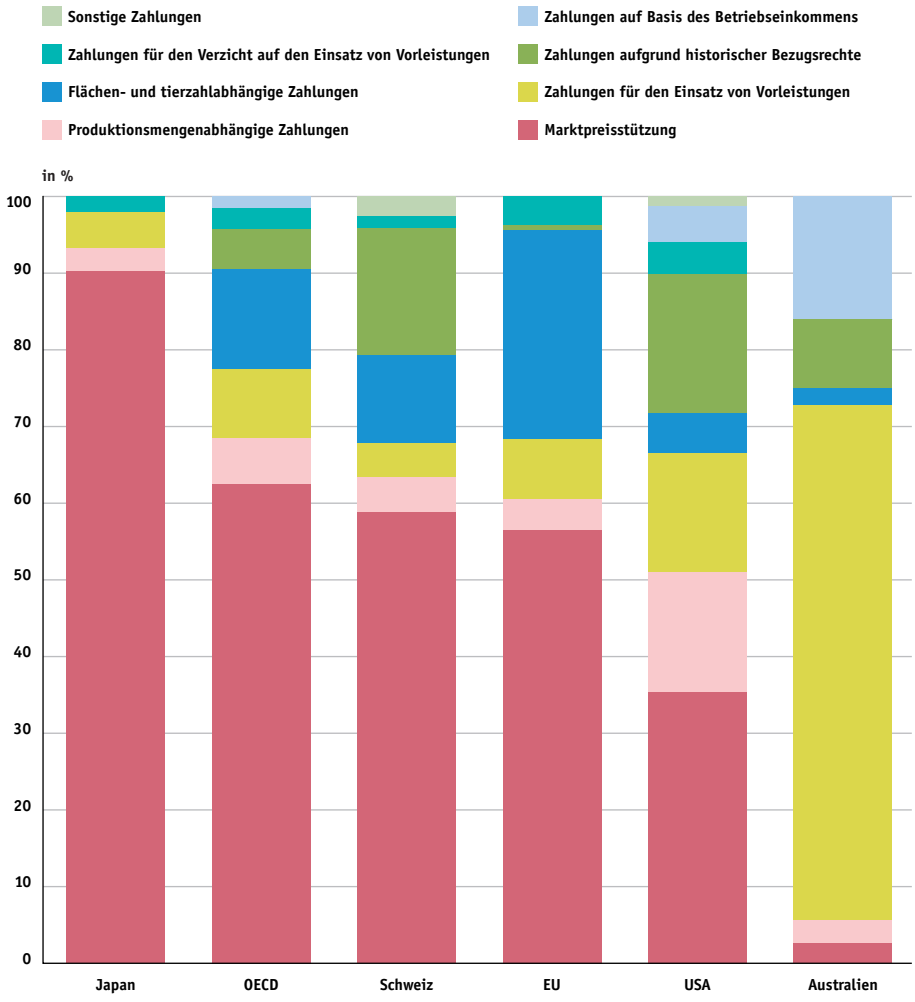
Producer Support Estimate und Total Support Estimate in OECD-Ländern, 2000–2002



Quelle: OECD (2003); Hauser, Zimmermann / Die Volkswirtschaft

Grafik 2

PSE-Zusammensetzung nach Art der Unterstützung, 2000–2002



Quelle: OECD (2003); Hauser, Zimmermann / Die Volkswirtschaft

Schliesslich schöpfte die Schweiz bei den Exportsubventionen im Jahr 2002 nur 81% des Rahmens aus, der ihr gemäss den Verpflichtungen aus der Uruguay-Runde zugestanden wäre.

Agrarpolitik 2007: Fortsetzung des positiven Trends

Eine Betrachtung der Aggregate des Zahlungsrahmens für die Agrarpolitik 2007 lässt eine Fortsetzung dieses positiven Trends erwarten:[2] So werden die Zahlungen für Produktion und Absatz, die tendenziell den verzerrenden Instrumenten des PSE in der OECD bzw. der Amber Box in der WTO zugeordnet werden können, abgebaut. Zugleich werden die produktionsneutraleren Direktzahlungen sowie die Mittel für Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen an Bedeutung gewinnen.

Neben dem angepassten Zahlungsrahmen enthält die Agrarpolitik 2007 zahlreiche einzelne Reformprojekte, die teilweise auch den internationalen Handel berühren. Exemplarisch sollen einige Elemente mit interessanten Stossrichtungen vorgestellt werden. Sie tragen zu einer positiven Bewertung des Gesamtvorhabens aus Handelssicht bei und haben darüber hinaus Vorbildfunktion für andere, noch nicht reformierte Bereiche.

- Nach der bereits erfolgten Abschaffung von Preis- und Absatzgarantien und der parastaatlichen Vermarktungsorganisationen soll nun die öffentlich-rechtliche Milchmengenregulierung bis 2009 abgeschafft werden. Diese Regelungen sind nicht zuletzt auf dem Hintergrund des bilateralen Landwirtschaftsabkommens mit der EU zu sehen, über das der Käsehandel liberalisiert wird und dem bereits ein Abbau der Käseexportsubventionen zu verdanken ist. Eine staatlich durchgesetzte Milchmengenregulierung hätte zu dieser neuen Marktorientierung nicht gepasst.
- Die Schlachtviehverordnung wird dahingehend geändert, dass Zollkontingente für Fleisch künftig zu 90% versteigert werden. Die bisherige Bindung an die Inlandleistung (d.h. die Verpflichtung des Kontingentsinhabers, inländisches Fleisch abzunehmen) gilt nur noch für 10% der Kontingente. Auch in der Kartoffelverordnung wird die bisherige Bindung an die Inlandleistung aufgehoben. Das neue System führt zu mehr Transparenz und mehr Wettbewerb auf den betroffenen Märkten und beseitigt intransparente Kontingentsrenten. Die Bindung von Importrechten an Inlandleistung («Local Purchase») läuft zumindest dem Geist einer offenen Handelsordnung zuwider.
- Durch eine Änderung der Agrareinfuhrverordnung (AEV) soll der Schwellenpreis für die variablen Zölle auf Tierfutter gesenkt werden. Variable Zölle sind ein besonders effektives (und damit verzerrendes) Instrument, um den Inlandsmarkt vom Weltmarkt zu isolieren. Die Massnahme ist daher sehr willkommen – abgesehen davon, dass sie die Kosten für die inländische Tieraufzucht senkt und damit den hohen Protektionsdruck in diesem Bereich reduziert. Im Interesse berechenbarer Handelsbedingungen wäre es wünschenswert gewesen, die Variabilität der Zölle in diesem Bereich ganz zu beseitigen.

Achillesferse Marktzugang

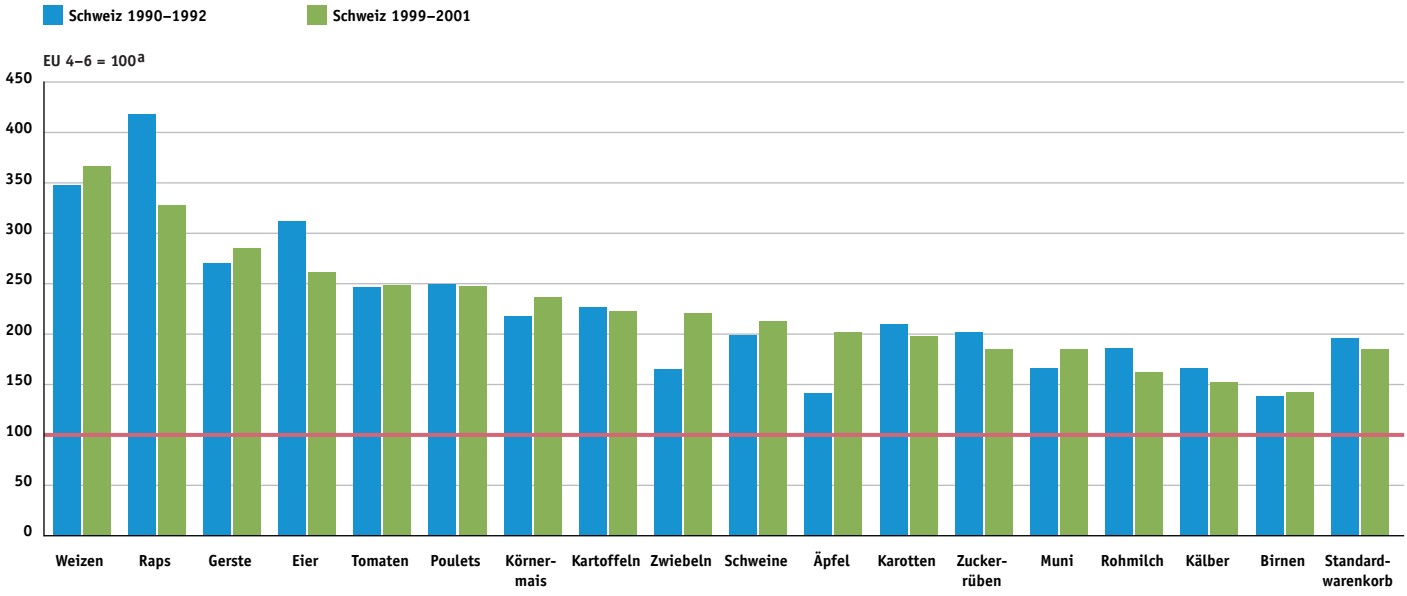
Insgesamt lässt sich ein positives Bild der internen Reformen zeichnen; die Schweiz ist in dieser Hinsicht weiter vorangeschritten als beispielsweise die EU. Trotzdem sind die Erwartungen der Handelspartner nach besserem Marktzutritt nur teilweise eingelöst worden. Der schweizerische Agrarmarkt ist nach

1 Vgl. dazu ausführlich den Beitrag «Agrarreform – grosse Herausforderungen für die Landwirtschaft» von Urs Schneider im Monatsthema dieser Ausgabe, S. 15ff.

2 Vgl. dazu den Beitrag «Agrarpolitik 2007 – vom Entwurf zum Gesetz» von Manfred Bötsch, S. 5ff in dieser Ausgabe, insbesondere Kasten 1.

Grafik 3

Produzentenpreise Schweiz im Vergleich zur EU



a EU 4–6: EU-Preise beziehen sich auf Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich sowie je nach Produkten auf die Niederlande und/oder Belgien.

Quelle: BLW Agrarbericht 2002; Hauser, Zimmermann / Die Volkswirtschaft

wie vor stark vor internationaler Konkurrenz geschützt. Indikatoren dafür sind etwa folgende Beobachtungen: Gemäss Angaben des Schweizerischen Bauernverbandes ist der Selbstversorgungsgrad auf Energiebasis für pflanzliche Produkte bei rund 45% und für tierische Produkte bei 95% seit 1995 stabil. Obwohl die Produzentenpreise in den letzten Jahren gesunken sind, betragen sie im Durchschnitt nach wie vor das Doppelte der EU-Preise und rund das Dreifache der Weltmarktpreise. Für einzelne Produktgruppen (zum Beispiel Weizen) ist die Preisdifferenz noch deutlich höher (siehe *Grafik 3*).

Dieser starke Grenzschutz wird erreicht durch hohe Zollsätze für Importe ausserhalb der in der Uruguay-Runde zugestandenen Zollkontingente. Da sich Letztere an den historischen Importen orientieren und Einfuhren ausserhalb der Kontingente mit prohibitiv hohen Zöllen belegt werden, lassen sich die Importmengen wirksam beschränken. Dies gilt insbesondere für die zentralen Bereiche Milch und Milchprodukte, Fleisch, Getreide sowie Gemüse und Früchte. Problematisch ist zudem, dass Entwicklungsländer mit rund 8% nur sehr schwach an den durch die Zollkontingente geschaffenen Importmöglichkeiten partizipieren.

Die Veränderungen der letzten Jahre sind somit das Resultat interner Reformen und nur beschränkt auf direkte internationale Konkurrenz zurückzuführen. Allenfalls lässt sich sagen, dass Erstere in Vorgriff auf künftige Liberalisierungsschritte eingeleitet wurden, um die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Produzenten zu erhöhen. Die Agrarpolitik 2007 ist in dieser Hinsicht eine konsequente Weiterführung der Agrarpolitik 2002. Sie fördert die interne Reform, enthält aber kaum Aussagen zur aussenwirtschaftlichen Marktöffnung.

Agrarpolitik 2007 im Lichte der Doha-Runde

Das aufgezeigte Spannungsfeld prägt auch die Position der Schweiz in den laufenden Agrarverhandlungen der Doha-Runde. Hinsichtlich der internen Reformvorhaben besteht Anlass zu einer gewissen Zuversicht. So wird über einen substanziellen Abbau der handelsverzerrenden Inlandstützung verhandelt. Die Cairns-Länder haben sowohl die Blue Box als auch die Amber Box im Visier. Erstere ist für die Schweiz bedeutungslos, Letztere verliert im Rahmen der Agrarpolitik 2007 zugunsten der Green Box immer weiter an Bedeutung. Zwar fordern die Liberalisierungsbefürworter auch eine Beschränkung der Green-Box-Massnahmen, doch stossen sie hier auf den erbitterten Widerstand der Multifunktionalisten. Diese sehen in der Green Box das letzte flexible Instrument zur Unterstützung der Landwirtschaft; entsprechend gering sind hier die Verhandlungsspielräume.

Anders sieht es im Bereich Marktzugang aus. Wie oben ausgeführt, sind hier die bisherigen Fortschritte gering; und auch die Agrarpolitik 2007 deutet keine Änderung an. Auf multilateraler Ebene wird aber eine Erhöhung der Zollkontingente im Hinblick auf

deren spätere Abschaffung diskutiert. Um die Schweizer Produzenten in gleichem Mass wie bisher zu schützen, müsste dies aus Schweizer Sicht mit einer starken Erhöhung der bisher gültigen Kontingentszölle einhergehen, was ausserordentlich schwierige Verhandlungen nach sich zöge. Auch den im Rahmen der Doha-Runde sehr kontrovers diskutierten Modalitäten zum Zollabbau kommt eine hervorgehobene Bedeutung zu: Die Cairns-Gruppe, die USA sowie einige Entwicklungsländer plädieren hier für den so genannten «Swiss Formula Approach», der Zölle auf einen bestimmten Prozentsatz – genannt werden maximal 25% – reduzieren würde. Ein solcher Abbau würde vor allem diejenigen Sektoren treffen, in denen heute weit gehend ausgeschöpfte Kontingente im Zusammenspiel mit hohen Ausserkontingentszollsätzen für eine hohe Schutzwirkung sorgen. Hierzu gehören beispielsweise Milch- und Milchprodukte, Fleischwaren sowie die im Inland angebauten Gemüse und Früchte. Angesicht der grossen Preisdifferenzen zum Weltmarkt würde ein Maximalzoll von 25% zu erheblichen Einfuhren auch ausserhalb der Zollkontingente und damit zu einem starken Preiszerfall führen.

Aus Konsumentensicht wäre ein solcher Preisabbau wünschenswert, doch würde er zwangsläufig auch die landwirtschaftlichen Einkommen senken und damit zahlreiche Betriebe in Existenznot bringen. Ein derart beschleunigter Strukturwandel ist politisch nicht erwünscht. Dies liesse sich grundsätzlich mit einer Ausweitung der Zahlungsrahmen für die Landwirtschaft teilweise auffangen; es ist allerdings fraglich, ob dies innenpolitisch durchsetzbar wäre. Daher ist verständlich, wenn die Schweiz – zusammen mit den anderen Multifunktionalisten – im Bereich Zollabbau für den «Uruguay Round Approach» eintritt. Dieser würde einen linearen Zollabbau zu einem bestimmten Prozentsatz vorsehen. Im Gespräch ist beispielsweise ein durchschnittlicher Zollabbau von 36% bei einem Mindestabbau von 15% pro Tarifposition. Nach diesem System könnte die Schweiz den Abbau vor allem bei den teilweise redundanten Spitzenzöllen vornehmen, während die Abbauverpflichtungen bei sensibleren Positionen begrenzt wären.

Defensive Position der Schweiz punkto Marktzugang

In den Streit um die Zollsenkungsformel ist jüngst Bewegung gekommen. Mitte August haben die EU und die USA einen gemeinsamen Vorschlag vorgelegt, der Elemente aus beiden Zollsenkungsansätzen vereint. Grob zusammengefasst sieht der Vorstoss vor, dass ein Teil der Zölle nach dem Uruguay Round Approach und ein Teil der Zölle nach dem Swiss Formula Approach abgebaut würde. Geschickterweise wurde das Dokument nicht mit Zahlen belastet, sodass ihm für die bevorstehenden Verhandlungen in Cancún wegweisender Charakter zukommt. Inwieweit sich der Marktzugang letztlich erhöhen wird, hängt nun davon ab, wie dieser Formelkompromiss konkret ausgefüllt wird.

Unabhängig vom genauen Verlauf der weiteren Verhandlungen gilt jedoch, dass sich die Schweiz hinsichtlich Marktzugang in einer stark defensiven Position befindet. Dies hat für die Landwirtschaft selbst negative Auswirkungen. So wird in der Doha-Runde etwa über die Ausdehnung des Schutzes geografischer Herkunftsbezeichnungen auf neue Produktbereiche verhandelt. Ein verbesserter Schutz würde gerade den vergleichsweise kleinen Schweizer Betrieben neue Möglichkeiten zur Spezialisierung auf regionaltypische und qualitativ hochwertige Nischenprodukte erlauben, die weniger dem Preiswettbewerb der Massenmärkte ausgesetzt sind. Dieses Anliegen liesse sich im Rahmen einer offensiven Strategie leichter einbringen. Leider werden aber bislang die Chancen, die sich aus den internationalen Verhandlungen für die Schweizer Landwirtschaft ergeben, zu wenig diskutiert.

Die defensive Haltung im Agrardossier überträgt sich zudem auch auf die übrigen Bereiche der laufenden WTO-Verhandlungen. Fehlende Zugeständnisse im Agrarbereich mindern die Bereitschaft wichtiger Handelspartner, im Industrie-, Dienstleistungs- und Investitionsbereich weiter gehende Marktöffnungen zuzugestehen. Gute Absatzbedingungen für die wettbewerbsfähigen Schweizer Wirtschaftssektoren im Ausland sind für die Schweiz insgesamt aber von zentraler Bedeutung. Nur so kann der Wohlstand des Landes und die Finanzierung öffentlicher Aufgaben – inklusive Landwirtschaft – gesichert werden. ▮

Kasten 3

Weiterführende Informationen

Informationen über die Landwirtschaftspolitik der Schweiz sind im jährlichen Agrarbericht des Bundesamtes für Landwirtschaft enthalten. Die Agrarpolitik 2007 wird in der Botschaft des Bundesrats zur Weiterentwicklung der Agrarpolitik (Agrarpolitik 2007) vom 29. Mai 2002 (Dokument 02.046) und den Vernehmlassungsunterlagen zu den Verordnungen im Zusammenhang mit deren Umsetzung detailliert dargelegt (Internet: *www.blw.admin.ch*).

Aus WTO-Sicht wird die Schweizer Landwirtschaftspolitik regelmässig in den Berichten zur Überprüfung der Handelspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten analysiert. Der letzte Bericht zur Schweiz wurde am 6. November 2000 veröffentlicht (Dokument WT/TPR/S/77, Kapitel IV.2). Ländervergleiche zur internen Stützung und zu Exportsubventionen enthält das WTO-Dokument «Members' Usage of Domestic Support Categories, Export Subsidies, and Export Credits», Dokument Nr. TN/AG/S/1 vom 5. März 2002. (Internet: *www.wto.org*).

Internationale Vergleiche zur Landwirtschaftspolitik können den jährlich erscheinenden Berichten der OECD mit dem Titel «Agricultural Policies in OECD Countries: Monitoring and Evaluation» entnommen werden. Die letzte Ausgabe erschien im Juli 2003 (Internet: *www.oecd.org*).